

<b>Seite:</b>	16	<b>Nummer:</b>	45
<b>Ressort:</b>	Wirtschaft	<b>Auflage:</b>	20.695 (gedruckt) 17.133 (verkauft) 18.813 (verbreitet)
<b>Quellrubrik:</b>	FR Deutschlandausgabe	<b>Reichweite:</b>	0,064 (in Mio.)
<b>Ausgabe:</b>	Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, Hauptausgabe		

GASTWIRTSCHAFT

## Nur ein kleiner Wurf

### Gesundheit und Pflege in der Groko-Vereinbarung

Von Franz Knieps

Wer den großen Wurf aus den Verhandlungen von Union und SPD erwartet hatte, muss zwangsläufig enttäuscht sein. Entweder man gibt sich der Illusion hin, gewünschte Veränderungen ließen sich in einem "Big Bang" herbeiführen, oder beklagt die mangelhafte Konkretisierung. Sicher darf man Zweifel haben, ob die SPD wirklich ernsthaft und geschickt beim Thema Bürgerversicherung verhandelt hat. Sonst hätte sie sicher nicht die Versorgung von rund 90 Prozent der Bevölkerung als Medizin zweiter Klasse diffamiert. Sonst wäre mehr herausgekommen als eine Kommission zur Erarbeitung einer einheitlichen Honorarordnung.

Trotzdem können sich viele Details sehen lassen. Das gilt speziell für die Aufwertung der Pflege und der nichtärztlichen Gesundheitsberufe.

Zwar mögen die zusätzlichen 8000 Stellen in einem Pflegesofortprogramm nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein sein, doch markieren die ausgehandelten Ergebnisse eine Trendumkehr. Verbindliche Vorgaben für die Personalbemessung, Mindestbesetzungsquoten, eigene Vergütungsmechanismen sowie bessere Arbeitsbedingungen können endlich eine Verbesserung für Pflegekräfte bringen.

Auch bieten die Verhandlungsergebnisse Chancen, die sektorale Trennung insbesondere zwischen ambulanter und stationärer Versorgung in der Kapazitätsplanung, bei der Vergütung, der Qualitätssicherung oder der Notfallversorgung zu überwinden. Näheres soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeiten. Das Glas ist ebenfalls halbvoll bei der Bewertung der Passagen zur digitalen Transformation des Gesundheitswe-

sens. Allerdings erscheint die Zeitperspektive (2025) allzu hasenfüßig gewählt. Die Umwälzungen der digitalen Revolution werden die traditionellen Akteure weit früher unter Zugzwang setzen.

Schließlich ist es erfreulich, dass man sich dem Finanzierungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung widmen will. Das gilt ebenso für die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung wie für die Reform des Ausgleichssystems zwischen den Krankenkassen. Letzteres soll vor Manipulationen geschützt werden und zu fairem Kassenwettbewerb führen.

Franz Knieps ist Jurist und Vorstand des BKK-Dachverbands. Zuletzt erschien er zusammen mit Holger Pfaff herausgegebene Gesundheitsreport 2017 zum Thema "Digitale Arbeit, digitale Gesundheit".

**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main